

Das Scheitern der Regierung Stresemann während einem der turbulentesten Jahre der Weimarer Republik



Das Jahr 1923 ging als Krisenjahr der Weimarer Republik in die Geschichte ein. Das Reich hatte bereits seit 1922 akute wirtschaftliche und finanzielle Probleme durch den Verbrauch an Gold- und Devisenvorräten für Reparationen zu verzeichnen. Außerdem kämpfte man mit einer hohen Staatsverschuldung und einem zunehmenden Währungsverfall.

Aus diesem Grund setzten die Alliierten vorläufig die Geldleistungen des Reiches aus und verlangten als Ausgleich die Erhöhung von Güterlieferungen, wie beispielsweise von Holz und Kohle. Das Reich konnte diese Bestimmungen jedoch nicht bis zum Ende des Jahres 1922 erfüllen, sodass die alliierte Reparationskommission registrieren musste, da Deutschland in Verzug geraten war und

daher gegen den Versailler Vertrag verstoßen habe. Frankreich forderte sofort territoriale Sanktionen, doch man beschloss zunächst eine Ingenieurkommission ins Ruhrgebiet zu senden unter Schutz französisch-belgisch-italienischer Truppen, zur Sicherung des Abtransports der geforderten Güter.

Auf Grund des Einmarschs der Invasionstruppen kam es zu einer nationalen Protestwelle. In diesem Zuge gingen Behörden und Betriebe, bereits vor dem Aufruf des damaligen Reichspräsidenten Ebert zum „passiven Widerstand“ über. Ebenso das Personal der Zechen im Ruhrgebiet verweigerte die Arbeit, wodurch es zu Gewaltakten und Unfällen kam, die die Besatzer zu verantworten hatten. Der volkswirtschaftliche Schaden der Ruhrbesetzung, auf Grund der vielen Produktionsausfälle und der Finanzierung des Widerstands, belief sich auf 3,5 bis 4 Milliarden Goldmark. Das war eine erhebliche Belastung für die Regierung, denn die Gold- und Devisenvorräte waren aufgebraucht und das Geld, das man drucken ließ war nicht durch Waren gedeckt. Dadurch wurde aus der bereits existenten Inflation ab Juni 1923 eine Hyperinflation.

Die seit November 1922 amtierende Regierung unter Reichskanzler Cuno (parteilos) wurde den Anforderungen durch die Krise nicht mehr gerecht und musste sich eingestehen, dass der Kampf im Ruhrgebiet die Inflation begünstigte und das Reich in den Ruin trieb. Daher trat sie am 12. August 1923 zurück. Am 13. August 1923 bildete sich ein neues Kabinett der Großen Koalition aus SPD, DDP, Zentrum und DVP mit dem Reichskanzler Gustav Stresemann (DVP). Der national-liberale Stresemann brach den passiven Widerstand am 26. September ab. Besonders von rechter Seite stieß der neue Kanzler durch diese Maßnahme auf Kritik. Die Rechten waren so empört vom Abbruch des Widerstands, dass sie in Bayern einen Schlag gegen die Weimarer Republik einleiteten und eine diktatorische Landesregierung einsetzten. Hitler versuchte indes einen Putsch durchzuführen, der jedoch von der bayrischen Landespolizei niedergeschlagen wurde. Doch nicht nur in Bayern kam es zu Bewegungen gegen die Weimarer Republik. Es bildeten sich im Rheinland, der bayrischen Pfalz und Rheinhessen Separatistenbewegungen, die mithilfe französischer und belgischer Besatzungsmacht versuchten, diese Gebiete in Territorien, die eng mit Frankreich und Belgien zusammenarbeiten, umzuwandeln. Ebenso wie die Konservativen versuchten auch die Linken eine Revolution herbeizuführen und konnten sowohl in Sachsen, als

auch in Thüringen in die Landesregierungen kommen. Die Aufstände und Demonstrationen der KPD ließ die Regierung durch Einsatz der Reichswehr beenden.

Indessen entwickelte sich die Hyperinflation immer weiter und die deutsche Wirtschaft brach zusammen. Stresemann musste endgültig eingreifen und mit der Währungsreform kam schließlich die rettende Lösung. Am 15. November 1923 wurde die „Rentenmark“ als Übergangswährung eingeführt. Sie wurde im Verhältnis von eins zu einer Billion Goldmark getauscht und wurde schnell als neues Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel anerkannt. Stresemann schuf durch die Währungsreform die Voraussetzungen für neue konstruktive Verhandlungen der Reparationen. Doch die Währungsreform brachte auch negative Effekte, denn Rentner und Arbeitnehmer, sowie Sparer verloren von heute auf morgen ihr gesamtes Geld. Der Mittelstand verarmte nach und nach, während die Wohlhabenden profitierten und Schuldner ihre Kredite mit wertlosem Geld zurückzahlten.

Die Große Koalition Stresemanns scheiterte jedoch nicht an den Folgen der Inflation, sondern eher an den kabinettinternen Problemen, denn die Regierungsbildung war von Anfang an mit Schwierigkeiten verbunden. Ein großer Teil der DVP-Mitglieder war gegen eine Koalition mit der SPD. Diese hatte hingegen interne Konflikte über den politischen Kurs zu lösen, denn der gewerkschaftliche Flügel der SPD weigerte sich, eine Zusammenarbeit mit der DVP einzugehen. Desweiteren herrschte Empörung darüber, dass Stresemann nichts gegen das Aufstreben der Rechten in Bayern unternahm, dafür aber gegen die Bewegung von links in Sachsen und Thüringen eingriff. Selbst Stresemanns Autorität konnte nicht verhindern, dass ein Drittel seiner Partei und ein großer Teil der SPD am Vertrauensvotum nicht teilnahmen. Stresemann erlitt daher am 23. November die Niederlage in der Vertrauensfrage und trat zurück.